

IGS erhitzt die Gemüter

Kreistag debattiert über Anbau in Nienburg/SPD: Diskussion beenden

Von Vivian Krause

NIENBURG • Oberstufe oder nicht – das war die Frage. Der Anbau für die geplante Gymnasialoberstufe an der IGS Nienburg sorgte beim Kreistag für Diskussionsstoff: Das „SPD-Leuchtturm-Projekt“ steht in den Augen der CDU in Konkurrenz zu den anderen Gymnasien.

Eine Oberstufe an der IGS (Integrierte Gesamtschule) Nienburg sei ein zentrales Ziel der politischen Kooperationsvereinbarung (drei Fraktionen) gewesen, unterstrich Ernst Brunschön (SPD) auf der Sitzung des Kreistages: „Die IGS ohne Oberstufe ist nur eine bessere Oberschule“. Er bezeichnete sie als „Bildungs-Leuchtturm“ im Landkreis und erntete damit im Kreistag nicht nur Zustimmung. Die Diskussion um die IGS solle endlich beendet werden, so sein Anliegen. Auch Grant Hendrik Tonne (SPD) pflichtete seinem Fraktionskollegen bei: „Man sollte aufhören, die Schulen gegeneinander auszuspielen.“ Gegenstimmen aus der CDU wurden laut. So jene von Henry Koch: „Sind nicht Räume in der BBS frei?“

und: „Wir wollen unsere Gymnasien in Nienburg, Stolzenau, Hoya und die BBS nicht schwächen.“ Der Appell der CDU: Man benötige mehr Zeit, um die Entwicklungen abzuwarten.

Zustimmung nur für die Planungsarbeiten

Dass es sich beim Tagesordnungspunkt lediglich um einen Planungsauftrag handle, der keine Maßnahme beinhalte, machte Heinrich Werner (FDP) deutlich.

Denn: Lediglich die Beauftragung der Verwaltung, die Voraussetzungen – finanzielle, personelle, räumliche und organisatorische – für den Bau der Oberstufe zum Schulbeginn 2019/2020 zu prüfen, standen zur Abstimmung, nicht der Bau selbst.

Der Hintergrund: Im vergangenen Jahr wurde der dritte Jahrgang an der IGS eingeschult, 2019 würde der erste Jahrgang die zehnte Klasse beenden. Die Kooperation der Fraktionen SPD, Die Grünen und der Wählergemeinschaft möchte durch den Bau der Oberstufe einen nahtlosen Übergang von Klasse zehn zu Klasse elf ermöglichen. Da-

zu halten sie einen Anbau für notwendig. CDU und FDP verweisen auf mögliche Synergien mit der BBS, wenn man schon direkt nebenan baue.

Dem Antrag wurde schließlich bei namentlicher Abstimmung einstimmig, mit elf Enthaltungen, unter anderem aller Anwesenden der CDU-Fraktion, beschlossen.

Auch entschied der Kreistag einstimmig Ausgleichszahlungen an Gemeinden für Sekundarschulen, die entweder schon geschlossen sind – oder in Kürze geschlossen werden. Das bedeutet, dass die Gemeinden Kosten zahlen müssen, auch für die Unterhaltung leerstehender Gebäude. Diese seien Folge der weiteren Schritte des Schulentwicklungsplanes.

Drei Jahre lang Pauschalzahlungen

Darunter fielen die Hauptschulen Steyerberg, Liebenau und Landesbergen, die Realschule Stolzenau, die Oberschule Heemsen und die Schule am Winterbach Pennigsehl. Es gehe um einen angemessenen Ausgleich für die ausfallende

Kostenbeteiligung des Landkreises, beispielsweise Bewirtschaftungskosten.

Innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren werden Pauschalzahlungen an die Gemeinden entrichtet: 131250 Euro in 2016, 93750 Euro in 2017 und 56210 Euro in 2018. Die Gesamtsummen werden auf die Kommunen aufgeteilt.

Die Gemeinde Pennigsehl sei laut Landrat Deltev Kohlmeier in besonderer Weise betroffen. Die Schule am Winterbach konnte seit 1986 vom Landkreis unentgeltlich und ausschließlich für schulische Zwecke genutzt werden – andernfalls würde sie zurückgegeben. Dies sei bereits erfolgt, das ehemalige Lehrerwohnhaus jedoch grundlegend sanierungsbedürftig. Dafür gehe zusätzlich ein Betrag von 50000 Euro an die Gemeinde. Außerdem werde der Samtgemeinde Liebenau Inventar von 10000 Euro und eine Ausgleichzahlung für die fest verbaute Mobilbauklasse von 15000 Euro überlassen. Insgesamt also 75000 Euro. Die Zahlungen für die Schule am Winterbach wurden vom Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.

Grant Hendrik Tonne, MdL
Pressedokumentation
Kreiszeitung – Landkreis Nienburg
15.12.2015

